

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleitg. u. Geschäftsstelle Dresden-A. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Post 14574 u. 21 295.
Postfach-Ronto Dresden 2486 / Staatsbank-Ronto 674.

Anzeigenpreise: 33 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungsliste der Staatslotterieverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bloß in Dresden.

Nr. 11

Dresden, Donnerstag, 14. Januar

1932

Die Reichspräsidenten-Frage.

Eifrige Bemühungen um die Wiederwahl Hindenburgs.

Berlin, 13. Januar.
Wie das Nachrichtenbüro des SPD, meldet, fand eine geschäftsführende Vorberatung der Deutschen Staatspartei statt, in der eingehend auch die Frage der Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten durch Volkswahl erörtert und die Kandidatur Hindenburgs einmütig gebilligt wurde. Es kam in den Besprechungen zum Ausdruck, daß der Reichspräsident v. Hindenburg es abgesehen habe, als Kandidat einer bestimmten Parteirichtung aufgestellt zu werden. Die Staatspartei vertritt daher die Meinung, daß alles geschehen müsse, um durch die Nominierung Hindenburgs als Volkswahlkandidaten auch der Sozialdemokratie die Zustimmung zu ermöglichen.

Es wird dem Nachrichtenbüro an gutunterrichteter Stelle bestätigt, daß eine formlose Unterhaltung von Politikern der Mittelparteien über die Volkswahl des Reichspräsidenten stattgefunden habe. Zu Beschlüssen sei es jedoch noch nicht gekommen. Die Besprechungen sollen vielmehr noch fortgesetzt werden. Im Interesse einer Volkswahlkandidatur Hindenburgs läge es nun aber nach Meinung maßgebender politischer Kreise, wenn auch die vorbereitenden Verhandlungen und die Auffassung der Kandidatur Hindenburgs nicht von einem aus Parteipolitikern vorherrschend bestehenden Gremium getroffen würden. Der Gedanke eines überparteilichen Gremiums stehe durchaus im Vordergrund. Man könne sich dabei den Verlauf so denken, daß etwa 5000 bedeutende Persönlichkeiten des deutschen öffentlichen Lebens aus Verwaltung, Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft usw. ernannt würden, die Volkswahlkandidatur Hindenburgs von sich aus zu beantragen. Der Termin für die Reichspräsidentenwahl ist vom Reichstag festzusetzen, der, wie das Nachrichtenbüro des SPD, hört, zu diesem Zweck unter Umständen noch vor dem 23. Februar zusammenzutreten müßte. Die Reichsregierung wird dem Reichstag einen Termin für die Präsidentenwahl in Vorschlag bringen. Im Reichsinnenministerium wartet man mit dem Vorschlag des Termins jedoch noch, bis die Frage der Kandidatur einigermaßen geklärt erscheint.

Besprechungen.

Berlin, 13. Januar.
Wie in politischen Kreisen verlautet, haben am Nachmittag in parlamentarischen Kreisen Besprechungen darüber stattgefunden, wie die Wiederwahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg am zweckmäßigsten einzuleiten sei. Es scheint, daß man es zunächst für das richtige hält, die Dinge nicht zu überhastigen, sondern vorerst eine Beratungspause einzulegen. Dabei ist es selbstverständlich, daß die Wiederaufstellung des Reichspräsidenten v. Hindenburg unter allen Umständen kommen wird, nur dürfte nach der Auffassung der beteiligten Kreise die ganze Frage in einer viel ruhigeren und würdigeren Form gelöst werden, wenn man einige Zeit ins Land sehen läßt.

Der Termin, bis zu dem die Neuwahl des Reichspräsidenten vollzogen werden muß, steht fest. Er läßt für die Vorbereitungen genügend Zeit, so daß man inzwischen auch übersehen kann, ob die Nominierung aus dem Parlament oder auch in anderer Form durch einen mehr unpolitischen Volksausschuß der beste Weg zur Erreichung des Zieles ist.

Politische Kreise rechnen übrigens nicht damit, daß das Volksbegehren des Jungdeutschen Ordens zur Wirkung kommt, schon deshalb nicht, weil bis zur Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Fristen die Volkswahl bereits durchgeführt sein wird.

Wahl am 13. März?

Berlin, 13. Januar.
Die „Germania“ beschäftigt sich mit dem Versuch, durch einen überparteilichen Ausschuss eine Sammlung des deutschen Volkes und seiner Parteien auf die Kandidatur

des gegenwärtigen Reichspräsidenten vorzubereiten und durchzuführen. Sie schreibt dazu: „Je nach dem Ausgange dieses Versuchs wird es unter Umständen notwendig werden, den Reichstag früher einzuberufen, als es bisher vorgesehen ist, damit er den Termin für die Reichspräsidentenwahl festsetzen kann. Als Termin wird vorläufig der 13. März genannt.“

Nationalsozialistische Erklärungen.

München, 13. Januar.
Bei einer nationalsozialistischen Kundgebung in der Alghauer Tierzuchtstätte, an der etwa 2000 Personen teilnahmen, sprach Dr. Friedl. Er beschäftigte sich auch mit der Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten und führte dabei u. a. aus:

Bei dem nächsten Zusammentritt des Reichstags werden die Nationalsozialisten drei Anträge einbringen: Nichttrauen gegen den Reichskanzler Dr. Brüning und das Reichskabinett, Auflösung des Reichstags und Aufhebung der Notverordnungen vom 8. Dezember.

Sollte aber Reichskanzler Brüning noch einmal von diesem Reichstag gestützt werden, dann gebe es nur eine Gelegenheit für die Nationalsozialisten, um der Diktatur ein Ende zu bereiten, und das sei der Tag der Reichspräsidentenwahl. Das Wahlergebn werde voll, wenn nicht nach Auszählung vom deutschen Volke selbst das Ende Brünings herbeigeführt werde.

Man bleibe den Nationalsozialisten mit nationalen Kandidaturen vom Leibe, von denen sie schon so große Enttäuschungen erlebt hätten. Für Leute, erklärte der Redner im Wortlaut weiter, die nur mit dem Herzen bei uns sind und sich nicht zu uns bekennen, bedanken wir uns. Dann wählen wir einen Mann aus unseren Reihen, auf den wir uns verlassen können. Das für den Fall, daß das Kabinett Brüning nicht vorher verschwindet. Wenn eine nationale Opposition an die Regierung tritt, kann man sehr wohl anders verfahren.

München, 13. Januar.

Eine Meldung der Tel.-Union über die Reamptener Versammlung besagt, daß Dr. Friedl auf die Frage, ob die Wiederwahl Hindenburgs durch eine Volkswahl in Aussicht kommen werde, erklärte, die Antwort sei „ein glattes Nein“. Dr. Friedl führte aus, auch bei einer etwaigen Volkswahl würden die Nationalsozialisten jedenfalls keinen Finger rühren, um den Reichskanzler Brüning noch weiter zu unterstützen. Wenn das Kabinett Brüning bis zur Reichspräsidentenwahl nicht verschwinden sei, würden die Nationalsozialisten aus ihren Reihen einen Mann bestimmen, auf den sie sich unbedingt verlassen könnten.

Eine sozialdemokratische Kundgebung.

Görlitz, 12. Januar.
In einer Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei im Verein mit dem ADW und dem Reichsbanner in der Görlitzer Stadthalle sprach heute abend der Reichstagsabgeordnete Reihner. Der Redner führte u. a. aus, in diesem Jahre würden Entscheidungen von allergrößter Bedeutung fallen. Adolf Hitler habe anlässlich der Hochzeit Görbels erklärt, in den ersten Monaten dieses Jahres würde sich das Schicksal Deutschlands entscheiden, so oder so. Wenn irgend jemals ein Prophet recht bekommen werde, dann Adolf Hitler mit dieser Behauptung. Aber es müsse dafür gesorgt werden, daß sich das Schicksal nicht so entscheidet, wie es Adolf Hitler wolle. Es sei merkwürdig, daß gerade Hitler und seine Anhänger bei der Reichspräsidentenfrage so eifrig darüber machten, daß die Verfassungsbestimmungen peinlich befolgt werden. Die Handlungsweise der Reichsparteien sei ein Affront gegen Hindenburg. Es handle sich bei dieser Frage nicht allein um verfassungs- und staatsrecht-

liche Fragen, sondern die Angelegenheit habe wegen der schwierigen bevorstehenden internationalen Verhandlungen eine nationale Seite. Die letzten Verhandlungen hätten gezeigt, daß Hitler seinen Willen nicht hätte durchsetzen können, weil Hugenberg anders wollte. Außerdem seien in der Reichswehr selbst drei Strömungen vorhanden. Hitler sage ja, Görbels und Gregor Strasser sagten nein, und Friedl sagte zwar ja, aber nur unter gewissen Bedingungen. Die Sozialdemokraten hätten sich gegenüber der Person des Reichspräsidenten immer ganz loyal verhalten und sie würden auch anerkennen, daß er den Eid auf die Verfassung gehalten habe. Die nächsten Entscheidungen in dieser Frage würden so ausfallen, wie es das Interesse des Volkes erfordere. In seinen wirtschaftspolitischen Ausführungen vertrat sich der Redner über die marxistische Weltanschauung. Trotz aller Krisen sei der Marxismus auf dem Marsch. Der Kapitalismus sei bestimmt nicht die letzte Sprosse der menschlichen Kultur. — Am Schluß appellierte der Redner an ein größeres Selbstvertrauen und an die Einigkeit in der Eisernen Front.

Mahranns Aufruf.

Berlin, 13. Januar.
Der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens Arthur Mahrann hat im Zusammenhang mit dem gemeindeten Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens über die Amtverlängerung Hindenburgs folgenden Aufruf erlassen:
Der Reichspräsident v. Hindenburg hat seine Vereidigung erklärt, das Amt des Reichspräsidenten in der schicksalsschweren gegenwärtigen Zeit weiterzuführen, falls eine entsprechende Mehrheit des Reichstags ihre Zustimmung geben würde. Der Versuch, eine solche Mehrheit zustande zu

Fortschritte in den Stillehalteverhandlungen.

Berlin, 13. Januar.
In den Berliner Stillehalteverhandlungen ist eine sehr erhebliche Annäherung der Standpunkte der Verhandlungsteilnehmer zu verzeichnen. Doch eilen die Kombinationen, daß man unmittelbar vor Unterzeichnung des Stillehalteabkommens stünde, den Tatsachen voraus. Die deutschen Teilnehmer an der Stillehaltekonferenz, Dr. Zeibels, Direktor Schlieper und Geheimrat Kahl haben inzwischen den erweiterten deutschen Stillehalteausschuß über den Gang der Verhandlungen unterrichtet, wobei auch das schweizerische Projekt der Freigabe bestimmter Beträge in Markform bei Wiederanlage mit Sperrfrist besonders eingehend erörtert worden ist. Man hat den Eindruck, daß bei Aufstellung eines neuen Stillehalteabkommens auf Basis der bisherigen Verhandlungen eine Gefährdung des Devisenbestandes weitgehend ausgeschlossen wird.

Preisfestsetzungen für Elektro-Installations- und Schneiderarbeiten.

Berlin, 13. Januar.
In einer Besprechung zwischen dem Reichskommissar für Preisüberwachung und Vertretern des deutschen Elektro-Installateurgewerbes wurde vereinbart, daß die vom Reichsverband des deutschen Elektro-Installateurgewerbes herausgegebenen Richtpreise um 10 Prozent mit sofortiger Wirkung gegenüber den im Dezember 1931 veröffentlichten Richtpreisen gesenkt werden.

Außerdem werden aus den Richtlinien die Zeitbemessungen entfernt, die bisher einheitlich für ganz Deutschland für jede Arbeit eine bestimmte Dauer festlegten. Diese Bestimmung mußte deswegen beseitigt werden, weil sie dem verschiedenen Arbeitstempo in den verschiedenen Teilen Deutschlands nicht Rechnung trug und kalkulationsverzerrend wirken konnte. Endlich fällt die Bestimmung, wonach für jede Arbeit mindestens ein Stundenlohn zu berechnen war. Die Preisbehörde richtet sich vielmehr nach der tatsächlich aufgewendeten Zeit. Hinsichtlich der Kalkulationszuschläge (Generalunkosten) hat sich der Reichskommissar weitere Präzisierung vorbehalten.

Die Besprechungen des Kommissars mit den Vertretern des Schneiderhandwerks haben zu folgendem Ergebnis geführt: Das Schneiderhandwerk verzichtet auf die Herausgabe von Richtpreisen und Kalkulations-

bringen, ist geheierte. In der Erörterung einer Volkswahl Hindenburgs treten die Gegenstände der Parteien bereits erneut in den Vordergrund, und es liegt die große Gefahr vor, daß ein neuer Streit darüber entbrennt, dessen Kandidat der Reichspräsident v. Hindenburg ist. Es liegt ferner die Gefahr vor, daß zum mindesten ein kommunistischer Gegenkandidat aufgestellt wird. Es ist unbedingt notwendig, die Einheit zu erhalten, welche das deutsche Volk trotz aller vorhandenen Gegenstände in seinem Glauben an Hindenburg besitzt. Die jungdeutsche Bewegung hat daher bei der unabhängigen Stelle die Zulassung eines Volksbegehrens auf Volkswahl über folgendes Geheiß beantragt: „Unter Außerkräftigung entgegenstehender Bestimmungen der Reichsverfassung, insbesondere der Artikel 41 und 43, wird die Amtsdauer des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg auf weitere 7 Jahre verlängert.“

Die jungdeutsche Bewegung ruft alle Deutschen auf, alle Sonderinteressen zurückzustellen und an der Durchführung dieses Volksbegehrens sowie des nachfolgenden Volkswahlbegehrens mitzuarbeiten.

Thälmann kommunistischer Kandidat.

Berlin, 13. Januar.
Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat beschlossen, daß die Kommunistische Partei in jedem Falle einen eigenen Kandidaten aufstellen werde. Begründet wird dieser Beschluß damit, daß die Partei Präsidentschaftswahlen genau so wie alle anderen öffentlichen Wahlen und Volksabstimmungen nicht als eine parlamentarische, sondern als eine außerparlamentarische Aufgabe und als einen Bestandteil des in ihrem Programm festgelegten Klassenkampfes betrachte. Das Zentralkomitee wird den Vorliegenden der Kommunistischen Partei, Ernst Thälmann als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufstellen.

Strompreisfestsetzung bei der Preussischen Elektrizitäts-A.G.

Berlin, 13. Januar.
Die Preussische Elektrizitäts-A.G., Berlin, und die ihr angeschlossenen Stromverteilungs-Gesellschaften haben dem Reichskommissar für Preisüberwachung ihre Unterlagen über die Strompreisfestsetzung vorgelegt und ihre Maßnahmen zur Senkung der Tarife erläutert.
Die neuen Preisfestsetzungen betreffen fast alle Gruppen der Stromverbraucher, in erster Linie den Verbrauch im Haushalt und im Kleingewerbe sowie in der Landwirtschaft.

Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs in Deutschland.

Berlin, 12. Januar.
Im Anschluß an seine Mitgliederversammlung hielt der Allgemeine Deutsche Bäderverband am Dienstag abend einen Ausspracheabend ab, auf dem der Syndikus des Verbandes, Schmidt, eine Denkschrift „Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs Deutschlands vom Standpunkt der deutschen Bäder aus gesehen“ erläuterte, die bereits vor kurzem den Regierungskreisen zugeleitet worden ist. In dieser Denkschrift wird eingangs darauf hingewiesen, daß der Minussaldo der deutschen Fremdenverkehrsindustrie der größte von allen Ländern des europäischen Kontinents ist, während die Nachbarländer aus ihrem Fremdenverkehr sehr erhebliche Überschüsse herauswirtschaften. Das Beispiel anderer Länder gebe, so heißt es in der Denkschrift weiter, den Beweis, daß der Fremdenverkehr ein Aktivposten von größtem Wert sein könne. Seine Förderung schaffe Arbeitsstellen und hebe den Umsatz unzähliger anderer Industrien. Der Fremdenverkehr diene der Erhaltung der Währung bzw. als ein Mittel zur Preisfestsetzung. Er diene weiter der Volkswirtschaft. Der innerdeutsche Fremdenverkehr

R